Zeitschrift: Zoom : Zeitschrift für Film
Herausgeber: Katholischer Mediendienst ; Evangelischer Mediendienst
Band: 37 (1985)
Heft: 8

Artikel: Plädoyer für die "Idee SRG"
Autor: Meier, Urs
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-932267

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 07.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

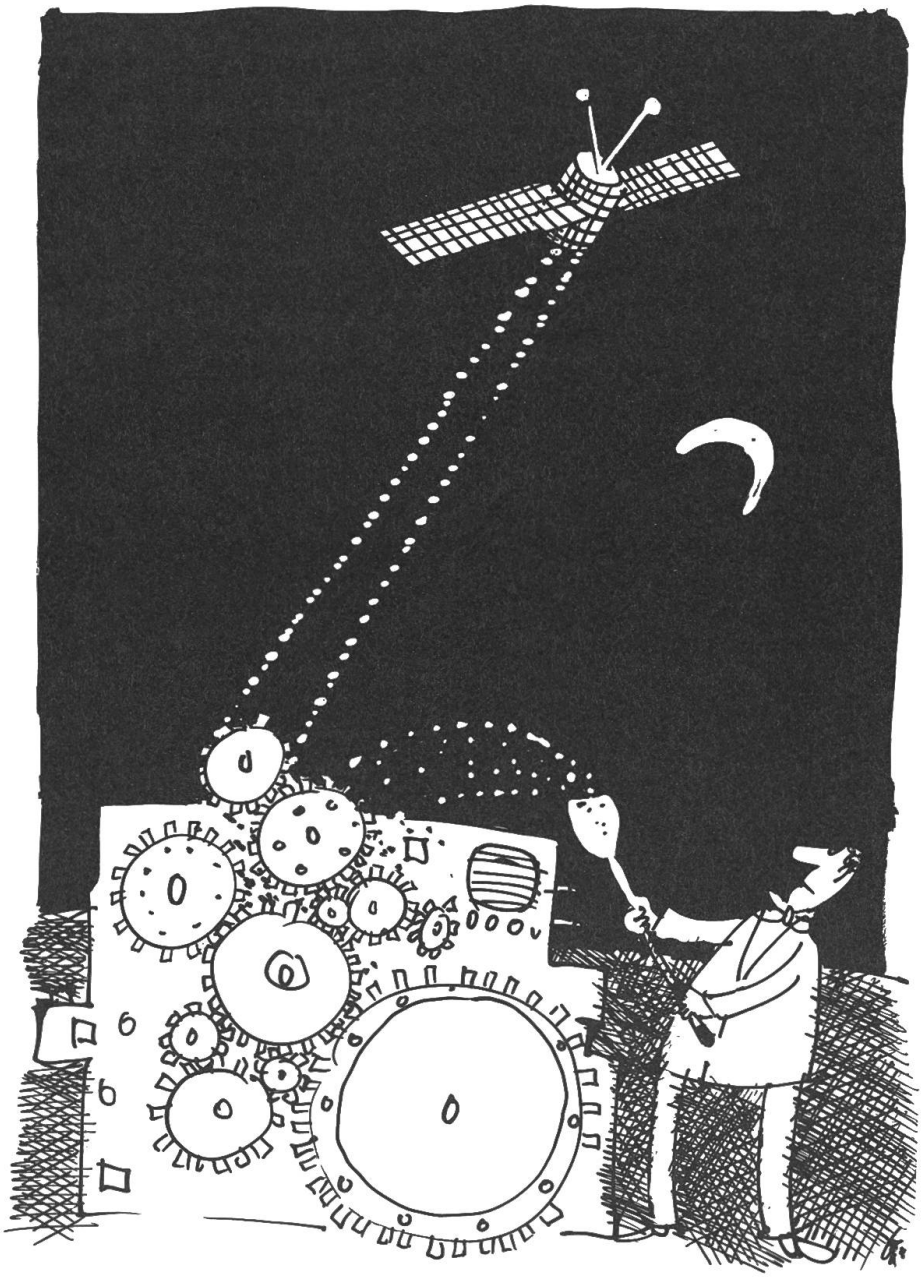
Urs Meier

Plädoyer für die «Idee SRG»

Die Verbreitung von Fernsehprogrammen über Satelliten ist ein Verfahren, das sich in unserem geografischen Raum und angesichts der bestehenden Verteilstrukturen rein technisch gesehen nicht aufdrängt. Bei einem Angebot von neun bis zwölf Programmen in verkabelten Haushalten kann auch nicht von einem Mangel die Rede sein, der nun mit allen Mitteln behoben werden müsste. Die Kosten für zusätzliche Fernsehprogramme sind gigantisch, und die Werbewirtschaft, die sie mit dem Geld der Konsumenten finanzieren soll, zeigt sich am Satellitenrundfunk als Werbemedium nicht übermässig interessiert. Ausserdem sind bei den direktstrahlenden Rundfunksatelliten die technischen Probleme noch bei weitem nicht gelöst. Weshalb dann das mächtige Drängen?

Die Einführung zusätzlicher, über Satelliten verbreiteter Programme ergibt nur einen Sinn, wenn sie als Instrument zur Verfolgung übergeordneter politischer und wirtschaftlicher Ziele betrachtet wird. In der Bundesrepublik Deutschland lässt sich der medienpolitische Umschwung leicht in die herrschende Ideologie der Wende einordnen. Bei uns ist die Medienthematik noch kaum ins politische Koordinatennetz eingetragen. Desto unverdächtiger nehmen sich die gesellschaftspolitischen Argumentationen für zusätzliche Fernsehangebote aus. Es wird auf der einen Seite mit der freien Wahl des freien und mündigen Bürgers argumentiert. Auf der anderen Seite wird die Beteiligung schweizerischer Anbieter mit dem Hinweis gerechtfertigt, die kulturelle Identität unseres Landes müsse gegen die zu erwartende Flut ausländischer und internationaler Programme behauptet werden. Die klassisch libertäre Argumentation verbindet sich da erstaunlich mühelos mit einem etwas hilflosen kulturpolitischen Protektionismus. Derart problematische Allianzen kommen in der Regel nur unter beträchtlichem Druck zustande. Die Kräfte, die den Druck hervorrufen, verdienen nun allerdings eine genauere Betrachtung. Sie wirken zur Hauptsache von zwei Seiten her.

Da ist zunächst die ideologisch antikritische Bewegung mit neokonservativer Tendenz. Sie kann das aufklärerische Medienverständnis, wie es sich im Auftrag der öffentlich-rechtlichen elektronischen Massenmedien niedergeschlagen hat, im Grunde nicht akzeptieren. Diese Sicht des Komplexes Medien – Politik – Demokratie ist von einer kritischen Gesellschaftstheorie inspiriert und daher für die selbstbewusst gewordene politische Rechte obsolet. Sie beharrt stattdessen darauf, die Medien als ein gesellschaftliches Subsystem in die leitenden Vorstellungen vom freien Markt einzuordnen und



dem Spiel von Angebot und Nachfrage zu überlassen. Einen umfassenderen Auftrag haben Medien und Öffentlichkeit nach diesem Verständnis nicht. Demokratisierung als Kulturleistung mit utopischer Perspektive – ein völlig fremder, ja suspekter Gedanke!

Die zweite Seite, die den festgestellten Druck miterzeugt, ist die technologische Entwicklung. Der gewaltige Informatisierungsschub, der praktisch alle Lebensbereiche erfasst, erfordert ein neues Umgehen mit Information. Gefragt ist eine effiziente Oberflächlichkeit. Was sich der Routine in den Weg stellt, stört den rationalisierten Informationsumschlag. In der nachindustriellen, nachmodernen Informationsgesellschaft wird angepasstes Kommunikationsverhalten eine der wichtigsten sozialen Tugenden darstellen. Um die Menschen heranzubilden, die in Zukunft gebraucht werden, sorgt man am besten für ständigen Informationsüberfluss, bestehend aus Angeboten, die nicht irritieren und störungsfrei konsumiert werden können. Programmvervielfachung bei gleichzeitiger Eliminierung oder wenigstens Marginalisierung kritischer Störpotentiale ist so gesehen eine sozialtechnische Zukunftsinvestition.

Das medienpolitische Kernproblem kommt dann in Sicht, wenn wir fragen: Wem nützt Satellitenfernsehen? Die plausible Antwort aus meiner Sicht: Es nützt denen, die einen reibungslosen Übergang in die Informationsgesellschaft erstreben und die deshalb die Vorstellung einer demokratischen Kultur wegen der damit verbundenen kritisch-utopischen Aspekte verabschieden möchten zugunsten eines effizient organisierten Universalmarktes. Unbeschränkte Auswahl für den Medienbenützer und nationale Selbstbehauptung auf dem Programmmarkt sind Sekundärbegründungen für eine Entwicklung, die von anderen Interessen vorangetrieben wird. Angesichts dieser Sachverhalte gilt es heute die medienpolitischen Prioritäten zu setzen. Ich plädiere für eine Stärkung der Idee des öffentlich getragenen und kontrollierten Integrationsrundfunks. Dazu bedarf es klarer Entscheidungen bei den Behörden und einer Konzentration der Kräfte in der SRG.

Im zuständigen Eidgenössischen Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement (EVED) fehlt offenkundig die Fähigkeit und der Wille, die gesellschaftspolitisch existenziellen Fragen der Medienentwicklung herauszuarbeiten und zum Gegenstand einer demokratischen Meinungsbildung zu machen. Gewiss ist alles im Fluss, gewiss hat die Schweiz auf das internationale Medienbusiness kaum Einfluss. Aber ebenso gewiss ist, dass ein unabhängiges, ganz seinem gesellschaftlichen Auftrag verpflichtetes öffentlich-rechtliches Rundfunksystem (die SRG könnte man als «dem Sinn nach öffentlich-rechtlich» bezeichnen) einen unschätzbaren Wert darstellt und auf jeden Fall erhalten werden muss. Diese Gewissheit sollte jetzt dringend in politisches Handeln umgesetzt werden, und zwar in eine verbindliche und konkrete Bestandesgarantie für die SRG. Eine solche politische Absicherung würde der SRG eine Programmpolitik ermöglichen, welche die Idee des öffentlichen Integrationsrundfunks konsequent und plausibel darstellte. Mit einer bloss finanziellen Absicherung ist dies allerdings nicht zu erreichen. Fast wichtiger ist die politische Bejahung von Programmen, die in die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen eingreifen und deshalb im selben Mass wie die ganze Gesellschaft konflikthaltig sind. Die SRG selbst muss die Notwendigkeit solcher Programme aufzeigen, indem sie sie macht. Die Tendenz zur Marginalisierung des Kritischen, Anspruchsvollen, Sperrigen zugunsten leicht konsumierbarer Unterhaltung und gängiger Aktualität ist eine Voraus-Anpassung an die befürchtete kommerzielle Konkurrenz.

Ich sehe gar nicht ein, weshalb die SRG sich an Satellitenprojekten beteiligt. Selbst wenn die schweizerischen Anteile an den öffentlich-rechtlichen Satellitenprogrammen (3Sat und TV 5) bescheiden sind, tragen sie doch zur Zersplitterung der Kräfte bei und helfen mit bei der allgemeinen Eskalation. Die Interessen der Promotoren von Satellitenprogrammen können und dürfen nicht die Interessen der SRG sein. Das gilt erst recht für die Mitwirkung der SRG bei der Pay Sat, der Schweizer Veranstalterin für die nationale und internationale Verbreitung des Pay-TV-Programmes Teleclub über den von der Schweizer PTT angemieteten ECS-Satellitenkanal. Überall Füsse in die Tür zu stellen, macht unbeweglich. Und das Prinzip des Mitmischens verwischt die klaren Linien. Sie wären heute dringend nötig, und wenn es nur wäre, um endlich eine politische Auseinandersetzung über Medienfragen in Gang zu bringen. ■

Urs Meier ist evangelischer Fernsehbeauftragter für die deutsche und rätoromanische Schweiz. Der Theologe ist evangelischerseits zuständig für die kirchlich mitverantworteten Sendungen am Fernsehen DRS («Wort zum Sonntag» und Gottesdienstübertragungen), arbeitet regelmässig für unsere Zeitschrift und macht Erwachsenenbildung zu Medienfragen. Meier ist einer der Promotoren der kirchlichen Thesen «Zur Entwicklung der Massenmedien» von 1982.